

DAS LIBERALE GEWISSEN

Text Martin Beglinger Bild Christian Schnur

Niemand analysiert die schweizerische Politik so messerscharf wie der Ökonom Reiner Eichenberger. Bevor Sie also nächstes Mal Ihren Stimmzettel ausfüllen: Lesen Sie dieses Interview.

Im vergangenen Oktober fragte ein Freiburger Kantonspolitiker und zugleich Präsident des dortigen Bauernverbandes die Regierung an, was sie gegen «gewisse Professoren» an der Universität Freiburg zu unternehmen gedenke, die eine «sehr liberale Einstellung» hätten und «ab und zu auch im Schweizer Fernsehen» zu sehen seien. Gar nichts, gab die Regierung zur Antwort, die sehr wohl wusste, welchem «gewissen Professor» man hier offenbar einen Maulkorb hatte umhängen wollen: Reiner Eichenberger, Ordinarius für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg. Das war der bislang einzige Versuch, den Mann zu disziplinieren. Es wäre auch schwer vorstellbar, sich Eichenberger stumm vorzustellen. Seit neun Jahren lehrt der 46-jährige Zürcher in Freiburg. Dort hat er den Lehrstuhl von Walter Wittmann übernommen und offensichtlich auch Wittmanns Leidenschaft, sich mit unkonventionellen Ideen in die politische Debatte einzumischen.

Der Wahlkampf ist angelaufen. Wissen Sie schon, wie Sie wählen werden?

Als liberaler Ökonom würde ich natürlich gerne eine liberale Partei wählen, wohl die FDP. Aber wenn ich mir ihre Politik anschau, zögere ich.

Woran denken Sie konkret?

Wenns um die Wurst geht, sind viele FDP-Politiker nicht marktorientiert. Ein Beispiel ist ihr Widerstand gegen Parallelimporte. Das Gleiche gilt auch für die SVP. Denken Sie nur an die Landwirtschaftspolitik oder die Liberalisierung des Strommarktes. Sogar ein ehemaliger Zürcher SVP-Regierungsrat hat kürzlich öffentlich gesagt, er sei sich an SVP-Parteiversammlungen zur Strommarktliberalisierung wie an einem Gewerkschaftskongress vorgekommen.

Halten Sie die Parteien noch für glaubwürdig?

Keine Partei ist wirklich liberal. Aber alle argumentieren dann liberal, wenn es ihnen gerade nützt. Auch die SP kann das perfekt. Ihr Parteipräsident Hans-Jürg Fehr argumentiert ökonomisch ganz toll – jedoch nur wenns für die SP passt. Mit liberalem Denken ist es aber sofort vorbei, wenn eine Partei selber Profiteurin von Regulierung und Umverteilung ist.

Das weiss die Wählerschaft dieser Parteien, und es stört sie auch nicht, weil die einzelnen Leute selber ebenso inkonsequent sind wie die Parteien.

Trotzdem ist die tiefe Glaubwürdigkeit ein sehr ernstes Problem. Wegen ihr verhalten sich viele Wähler – wissenschaftlich gesagt – expressiv. Sie stimmen nicht für das, was sie tatsächlich wollen, sondern für das, was ihnen ein gutes Gefühl verschafft. Da eine einzelne Stimme das Ergebnis nicht beeinflusst, kann man an der Urne seinen Gefühlen freien Lauf lassen. So kann ein Reicher für Umverteilung votieren und sich dabei kostenlos als guter Mensch fühlen. Diese Art des Moralisierens ist umso ausgeprägter, je weniger glaubwürdig und konkret die Alternativen sind.

Ist Moral heute das zentrale politische Kriterium?

Durchaus. Aber es gibt ganz verschiedene Moraspekte wie Gerechtigkeit, Solidarität, aber auch Nation, Heimat, Schweizertum. Oder Zukunft und Umwelt. Jeder Bürger kann sich da einen Aspekt aussuchen – im Wissen darum, dass das alles leere Schlagworte sind.

Es hiess doch immer, der Schweizer denkt mit dem Portemonnaie. Gilt das nicht mehr?

Im Privaten dominiert das Portemonnaie noch. Problematisch wirds an der Urne, wo das Moralisieren das Portemonnaie-Denken zu verdrängen droht. An der Urne lässt sich für den Einzelnen gratis sagen: Jetzt schröpfen wir die Reichen! Neid im Privaten auszuleben, ist hingegen sehr teuer. Ebenso ist es mit Ausländerbashing an der Urne. Das kostet den einzelnen Wähler nichts. Im Privaten hingegen ist das Ausleben von Ausländerfeindlichkeit enorm teuer. Insgesamt kommt es dann aber natürlich zu schlechter Politik, wenn an der Urne viele emotional entscheiden – im Bewusstsein, dass es auf ihre persönliche Stimme ja nicht ankommt.

Halten Sie die Wähler also im Grunde für irrationale, bauchgesteuerte Wesen?

Das hängt entscheidend von den politischen Institutionen ab. In einer repräsentativen Demokratie wie in Deutschland wählt man Politiker mit Programmen, die fast niemand gelesen hat. Zu Recht natürlich, weil auch kaum ein Politiker daran denkt, die widersprüchlichen Worthülsen tatsächlich umzusetzen. Unter solchen Bedingungen moralisieren die Wähler stark. Das Grossartige an der direkten Demokratie hingegen ist, dass es oft um konkrete und glaubwürdige Lösungsvorschläge und Gesetzestexte geht. In Sachabstimmungen



«Die meisten Schweizer wollen, dass es auch anderen gut geht.»
Reiner Eichenberger in seinem Arbeitszimmer

entscheiden deshalb die Wähler viel sachlicher und weniger moralisierend als bei Wahlen.

Sie müssen eine miserable Meinung von Politikern haben.

Nein, keineswegs. Meine Kritik zielt nicht auf die persönliche Ebene. Viele Politiker setzen sich enorm ein, doch sie sind in ihren Anreizkorsetten gefangen und können sich kaum bewegen. Und sie werden dauernd von gut organisierten Interessengruppen zurückgepfiffen.

Haben Sie selber keine politischen Ambitionen?

Nein. In einer Partei stünde ich sofort unter den gleichen Zwängen wie Politiker.

Und Ausbruchsmöglichkeiten sehen Sie keine?

Gilt die Kraft des Einzelnen nichts?

Natürlich gibt es einzelne besonders kräftige Figuren wie Christoph Blocher. Aber das sind Ausnahmen. Zu spekulieren, man sei selber ein Ausnahme Politiker, wäre sehr gewagt. Im Übrigen muss man auch bei den Ausnahme Politikern sehr genau hinschauen, wo sie wirklich bleibende Spuren hinterlassen.

Christoph Blocher nennt sich liberal-konservativ.

Dass er konservativ ist, bezweifelt niemand. Ist er, aus Ihrer Sicht, auch liberal?

Auch er ist im gleichen Anreizsystem gefangen. Ich denke, er ist für eine starke Liberalisierung der Landwirtschaftspolitik – aber die Abhängigkeit der SVP von den Stimmen der Bauern verbietet es ihm, dafür einzutreten. Das Grundproblem bleibt: Liberale Politik ist – mehr noch als Umweltschutz oder Landesverteidigung – ein klassisches öffentliches Gut. Sie nützt der grossen Mehrheit, doch jene, die sich konkret dafür einsetzen, tragen die Kosten. Deshalb setzt sich jede Gruppe lieber für den Schutz ihrer eigenen Sonderinteressen ein und überlässt das liberale Engagement den anderen.

Von welchem Menschenbild gehen Sie eigentlich aus, wenn Sie als Ökonom die Politik betrachten?

Der alte Homo oeconomicus, der streng rational seinen eigenen Nutzen verfolgt, ist natürlich passé. Moderne Ökonomen sehen den Menschen so, wie er ist: Er hat ein breites Motivationsspektrum, wobei der eigene Nutzen eine grosse, aber nicht die einzige Rolle spielt. Entscheidend ist, dass er systematisch auf relative Preise reagiert. Wird etwas teurer, sinkt die Nachfrage. Das gilt sogar für Menschen, die etwas völlig Verrücktes tun, etwa Drogensüchtige. Wird Heroin teurer, geht die Nachfrage massiv zurück, weil dann viele Süchtige vom Folienrauchen zum Spritzen übergehen, das viel weniger Stoff braucht, aber weit schädlicher ist.

Selbstlosigkeit kommt nicht vor in diesem Menschenbild?

Doch, natürlich. Die meisten Schweizer wollen, dass es auch den anderen gut geht. Aber auch

Altruisten handeln weniger altruistisch, wenn altruistisches Verhalten teurer wird. Deshalb wird Selbstlosigkeit mit Vorliebe an der Urne ausgelebt, weil es dort billig ist. Privat spenden die Schweizer ungefähr ein Prozent ihres Einkommens, an der Urne hingegen sind sie viel grosszügiger. Erstens entscheiden sie da über gesellschaftliche Regeln, müssen also nicht nur selbst Kosten aufbringen. Zweitens fühlen sie eben, dass es bei vier Millionen Abstimmenden auf sie persönlich nicht drauf ankommt.

Wer das denkt, kann gleich zu Hause bleiben.

Ganz und gar nicht. Das Ausdrücken von Gefühlen tut ja gut und verschafft Identifikation. Für viele Leute ist es auch sehr wichtig, eine eigene Meinung zu haben und diese auszudrücken, zum Beispiel an der Urne.

Welches zentrale Problem muss denn nach

Ihrer Sicht die Schweizer Politik in den nächsten vier Jahren lösen?

Verbesserungen braucht es in unzähligen Bereichen, nicht nur in der Wirtschaft-, Steuer-, Bildungs-, Gesundheits- oder Umweltpolitik. Wirklich zentral ist aber, dass die Anreize und Möglichkeiten der Politiker gestärkt werden, die Probleme zu lösen. Aber in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs, wie wir sie jetzt erleben, wird diese Agenda sehr schnell beiseite geschoben. Wenn der Kuchen wächst, sinkt der Reformwille, weil dann alle ihre Zeit dafür einsetzen, sich ein grösseres Stück abzuschneiden.

Aber offensichtlich sind die Verhältnisse doch nicht so schwarz, wie sie von vielen Ökonomen und Avenir Suisse in den letzten Jahren geredet wurden.

Ja. Den Rückfall hinter andere Länder, wie ihn Avenir Suisse vermutet, sehe ich längst nicht so dramatisch. Die Frage ist nur, wie wir unseren Wohlstandsvorsprung von zehn bis zwanzig Prozent auf die umliegenden Länder halten können.

Fordern Sie einen Rückbau der direkten Demokratie?

Im Gegenteil! Ich bin überzeugt, dass die Schweiz das relativ beste politische System hat. Die direkte Demokratie und der kleinräumige Föderalismus sollten auf keinen Fall abgebaut werden, denn sie bedeuten politischen Wettbewerb, und Wettbewerb ist auch für die Qualität der Politik entscheidend.

Aber genau jener Föderalismus – oder anders gesagt: der Kantönligeist – hat doch Resultate wie die unglaublich teure Neat zustande gebracht, die Sie ansonsten bei jeder Gelegenheit kritisieren.

Stimmt, aber das Problem liegt nicht in der Kleinheit der Kantone und Gemeinden, sondern auf der Bundesebene. Da werden alle volksgewählten Politiker in den einzelnen Kantonen gewählt. Des-

halb setzen viele ihre knappe Zeit weniger für alle Schweizer als für die Interessen ihres Kantons ein – als kantonale Beutejäger zu Bern. Ein krasses Beispiel ist die Neat. Dabei muss man differenzieren. Als Nationalrat aus einem kleinen Kanton wie Uri mit einem einzigen Mandat muss man die Mehrheit der Wähler hinter sich haben. Dafür braucht es viel Beute, aber wenig spezifische Ideologie. In Zürich hingegen reichen einem Kandidaten drei Prozent. Dafür reicht eine auf Minderheitsanliegen ausgerichtete Politik. Deshalb sind Zürcher Nationalräte oft bessere Ideologen, Urner und Glarner aber bessere Beutejäger.

Ist die Beutejägerei auf Bundeskosten ein Naturgesetz?

Nein. Man könnte zum Beispiel ein Drittel der Nationalräte auf nationaler Ebene wählen. Dieses Drittel hätte dadurch eine gesamtheitlichere Perspektive. Zweitens würde ich den Bundesrat anders wählen. Heute kann das Volk die Zusammensetzung von Parlament und Bundesrat nicht unabhängig wählen. Mein Vorschlag ist, dass das Volk die Formel wählt, also die Zahl der Bundesratssitze pro Partei, während das Parlament die Köpfe in der Regierung bestimmt.

Die Realität läuft aber heute in die Gegenrichtung, indem die Parlamentswahl zu einem indirekten Plebiszit über Bundesrat Blocher gemacht wird.

Was wir heute erleben, sind von der SP und SVP gemeinsam inszenierte Showkämpfe. Die Pole versuchen die Politik mit Personalfragen zu dominieren. Und was machen die Wähler in einer Situation ohne konkrete Politikvorschläge? Sie wählen die ideologischen Pole, während die Mitte zermalmt wird.

Wer sollte daran interessiert sein, die Spielregeln für die Bundesratswahlen zu ändern?

Früher hat die SVP die Volkswahl des Bundesrates verlangt, weil sie untervertreten war. Jetzt hat sie selber zwei, und weil bei einer Volkswahl nicht mehr Sitze drinliegen, ist sie nicht mehr an einer Volkswahl interessiert. Institutionelle Reformen werden dann von einer Partei aufgenommen, wenns ihr nützt. Es fehlt also das langfristige Interesse an einer Veränderung.

Müssten Sie als Ökonom nicht für einen Wechsel von der Konkordanz zur Konkurrenz sein?

Konkordanz bedeutet doch die systematische Nichtverantwortung der Parteien.

Nein. Die Wähler wollen die Aufteilung der Macht. Die direkte Demokratie mit ihren Sachabstimmungen bietet eine viel bessere Kontrolle von Regierung und Parlament als ein Konkurrenzsystem.

Sie fordern seit Jahren andere Anreize in unserem politischen System – immer vergeblich. Ist das nicht frustrierend?

Nein. Grosse Reformvorschläge mit kleinen Umsetzungschancen sind doch wichtiger als Minireformchen mit leicht besseren Chancen. Zudem beginnen manche Ideen langsam zu wirken. Und natürlich ist es ein Glück, dass sich nicht jeder dahergelaufene Wissenschaftler mit seinen Reformideen sofort durchsetzen kann. Denn das wäre Anarchie. Übrigens, einen besonders fruchtbaren Reformvorschlag habe ich noch gar nicht erwähnt.

Und der wäre?

Die Stärkung der Rolle volksgewählter Rechnungsprüfungskommission, kurz RPK: Bis jetzt gibt es diese segensreiche Einrichtung nur in Gemeinden mit Gemeindeversammlungen. Sie muss man ausbauen und konsequent auch auf Kantone und Bund übertragen.

Worin besteht der Segen?

Starke RPKs sind volksgewählt, und zwar in einem Einheitswahlkreis im Majorzverfahren. Dadurch haben sie eine gesamtheitliche Perspektive. Sie kritisieren vor politischen Entscheidungen die Regierungsvorhaben und schlagen Alternativen vor, zum Beispiel wie man eine Turnhalle auch billiger bauen kann, dürfen aber nichts selbst entscheiden. So stehen sie in scharfer Konkurrenz

«Keine Partei ist wirklich liberal, alle Parteien argumentieren dann liberal, wenn es ihnen nützt.»

zur Regierung. Weil sie aber als RPK-Mitglieder wiedergewählt werden wollen, politisieren sie viel konstruktiver als normale Oppositionspolitiker. Denn Letztere möchten ja eigentlich selbst an die Macht, weshalb sie die Arbeit der Regierung möglichst zu sabotieren versuchen. Nach unseren Schätzungen lassen sich mit starken RPKs über zwanzig Prozent der Kosten einsparen.

Das tönt vernünftig, doch haben die Parteien ein Interesse an der Einführung von starken RPKs?

Es würde nur ihre Macht beschneiden.

Das ist leider so. Der Kanton Luzern zum Beispiel hat vor Kurzem ein neues Gemeindegesetz eingeführt. Nur gewährt es den RPKs kaum Kompetenzen, und als Vereinsrevisoren, die erst im Nachhinein ein bisschen reklamieren dürfen, nützen solche Kommissionen wenig.

Was halten Sie von Gemeindefusionen?

Manche Fusionen wie zwischen Rapperswil und Jona erscheinen vernünftig. Aber oft sind sie bloss politischer Aktionismus. Von Grossfusionen wie im Kanton Glarus halte ich gar nichts. Spareffekte und Effizienzverbesserungen durch Fusionen lassen sich in den empirischen Untersuchungen jedenfalls nicht wirklich belegen. Entscheidend für Effizienz ist vielmehr, dass jede Gemeinde ihre effektiven Kosten selbst

SWISSANDFAMOUS PRÄSENTIERT:

DER DATIV IST DEM GENITIV SEIN TOD

DIE
GROSSE
BASTIAN-SICK-SCHAU

EINE DEUTSCHSTUNDE
DER GANZ BESONDEREN ART!

18.04.07 DAS ZEIT BASEL

trägt. Wenn dann ein kleines Dorf seine eigene Feuerwehr und Mehrzweckhalle will: bitte sehr. Warum sollen Gemeinden, die nahe beisammen liegen, alle ein eigenes Bauamt und Fürsorgeamt führen? Eine Zusammenlegung ist doch ein Gebot der Effizienz.

Für fruchtbare Zusammenarbeit braucht es, aber keine Fusionen.

Den kleinen Gemeinden fehlen schlicht die Leute für die politischen Ämter.

Ja, weil es heute verboten ist, Leute von aussen zu nehmen. Statt Fusionitis braucht es das passive Wahlrecht für Politiker ohne Wohnsitz in der Gemeinde. So entstünde ein Markt für Politiker. Das macht die Politik attraktiver und den Anreiz grösser, gute Arbeit zu leisten.

Nur ist das fast auf der ganzen Welt verboten.

Aber wo es erlaubt ist, funktioniert es, zum Beispiel im Kanton St. Gallen. Dort wird immer mal wieder ein Gemeindeammann von aussen gewählt, weil man ihn offensichtlich für kompetenter hält. Das Amt muss allerdings auch anständig bezahlt sein.

Ökonomen kritisieren dauernd die Staatsverschuldung. Wo ist es sinnvoll, dass sich der Staat verschuldet?

Sicher nicht zur Bezahlung von Konsum und Löhnen. Doch der Ausbau mancher Autobahnen und gewisser Bahnlinien – etwa Schnellverbindungen nach Stuttgart und München – brächte viel. Aber eben nicht so überrissene Projekte wie die Neat. Auch Steuersenkungen können sich sehr lohnen, wie sie der Kanton Schwyz vor Jahren gemacht hat. Kurzfristig kann damit die Verschuldung steigen, doch langfristig bringt es Wachstum und gesunde Staatsfinanzen.

Mit dem Steuerwettbewerb jagt doch jeder Kanton dem andern die guten Steuerzahler ab.

Mittlerweile verlangt das auch der Zürcher Stadtpräsident Elmar Ledergerber.

Er will wenigstens dreissig Prozent am Arbeitsort versteuert haben. Doch die Wohnorte werden sich mit Händen und Füssen wehren.

Zürich will nur Geld, aber kein Stimmrecht für die Pendler. Aber klar, die Realisierung ist auch hier ein langer Prozess. Wobei ich als Wissenschaftler gar nicht an einer allzu schnellen Realisierung interessiert bin. Wenn nämlich eine Partei eine Idee aufgreift, ist man selber sehr rasch draussen. So habe ich seit Anfang der Neunzigerjahre gepredigt, die Schweiz solle auf eine freiwillige Milizarmee umstellen. Unterdessen hat die SP dieses Konzept übernommen, nachdem sie vorher mit einer reinen Berufsarmee so ziemlich das Gegenteil davon gefordert hatte. Und ich werde natürlich nicht mehr genannt. Es gibt nun mal kein Copyright auf Ideen.

Ihre Ideen basieren auf dem Liberalismus, der typischen Ideologie der Sieger. Sie sind Professor, leben in einem schönen Haus an der Zürcher Goldküste. Der hat gut reden, werden manche sagen.

Stimmt. Zum Glück haben Professoren immer gut reden, insbesondere Links und Öko. Aber im Ernst: So wie ich den Liberalismus verstehe, ist er keine reichumsorientierte Ideologie, sondern eine Effizienzlehre. Ökonomen sind nicht gegen Umverteilung, sondern dafür, dass auch sie effizient betrieben wird.

Geht die Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz nicht immer weiter auf?

Die Zahlen belegen das nicht. Es gibt zwar dieses neue Phänomen der absoluten Spitzengehälter bei den Managern, aber der durchschnittliche Lebensstandard ist auch in den letzten zwanzig Jahren massiv gestiegen. Marktöffnung führt mittel- und langfristig nicht zu mehr Ungleichheit. Die Gewinne sind am Anfang ungleich verteilt, aber sie verteilen sich schnell auf die ganze Wirtschaft.

Sie sagten mal in einem Interview: «Geld an arme Familien zu verteilen ist menschlich nett, aber finanziell bringt das nichts.» Damit bestätigen Sie gleich alle Vorurteile gegenüber den «herzlosen Ökonomen».

Die Betonung liegt hier bei «finanziell», das war sehr sorgfältig formuliert. Ich habe damit auf Aussagen der Bundesräte Couchepin und Calmy-Rey reagiert, wonach es mehr Kinder zur Sicherung der AHV brauche. Wenn man alles aufrechnet, kosten durchschnittliche Kinder den Staat mehr, als sie später wieder einzahlen. Nur das wollte ich damit sagen.

Sie halten es trotzdem für wünschbar, dass in der Schweiz wieder mehr Kinder geboren werden?

Kinder sind ein privates Gut und für die Eltern das Grösste. Ich habe selber zwei. Aber Kinder

Das Magazin 14 – 2007

Fair
Kaff
bau
auf.



Mit dem Kauf von Max Havelaar-Kaffee unterstützen Sie den Aufbau von Strassen, Brücken und Wohnhäusern in den Produktionsländern.

Fairer Handel verbessert die Arbeits- und Lebensbedingungen der Kleinbauern. Stabile Mindestpreise für den Kaffee sorgen für einen guten Lebensstandard und schaffen langfristige Perspektiven. Zusätzliche Fair-Trade-Prämien fördern die Entwicklung und Eigeninitiative der Produzenten, denn sie entscheiden selbst, welche Gemeinschaftsprojekte sie damit realisieren. Auch die Natur profitiert, denn Kaffee mit dem Max Havelaar-Gütesiegel wird möglichst umweltschonend produziert.

Knorr

NEU

50% Ihres
täglichen Bedarfs
an Früchten
und Gemüse.

sind schlechte Milchkühe für die Gesellschaft. Ihre Instrumentalisierung zur Alterssicherung ist nicht nur unverschämt, sondern obendrein auch finanzpolitisch falsch. Viele Kinder spielen die Ausbildungskosten nie mehr ein, und sie sind noch teurer, wenn sie ungebildet bleiben. Die relativ produktiven Kinder sind hingegen meistens jene von relativ produktiven Eltern.

Worauf wollen Sie hinaus?

Kinder bringen nur etwas für die Alterssicherung, wenn man sie wie Milchkühe behandelt, also selektioniert und dann kräftig melkt. Manche Länder tun das bereits, zahlen etwa an Studenten ein höheres Kindergeld als an Normalbürger. Ich finde jede solche Instrumentalisierung von Kindern unmoralisch.

Was soll denn nun der Staat mit den armen Familien machen, wenn nicht Geld verteilen?

Zuerst einmal die Hochpreisinsel knacken. Es hilft schon viel, wenn die Güter des täglichen Bedarfs billiger werden. Also: Parallelimporte zulassen und generell die Grenzen für Importe grosszügiger öffnen. Das zweite ist eine vernünftiger Sozialpolitik. Heute nimmt man jedem, der von der Sozialhilfe lebt, neunzig oder hundert Prozent gleich wieder weg, wenn er mehr als einen kleinen Freibetrag hinzuverdient. Das ist absurd. Nur ausserordentlich motivierte Menschen suchen Arbeit, wenn sie nur zehn Prozent von ihrem Lohn behalten können.

Gibt es einen Bereich des menschlichen Tuns, in dem die Ökonomie als Erklärungsmuster total versagt?

Es gibt ökonomische Problemlösungen, die auch Ökonomen Unwohlsein bereiten.

Beispiel?

Viele Schweizer empfinden die Einwanderung als Problem. Deshalb ist sie stark eingeschränkt. Aus streng ökonomischer Sicht wäre es aber be-